

**Zweckvereinbarung
zur Wahrnehmung der Aufgaben des Personenstandswesens für den
gemeinsamen Standesamtsbezirk Ebersbach-Neugersdorf und dessen
Finanzierung**

Zwischen: der Stadt Ebersbach-Neugersdorf
 vertreten durch die Bürgermeisterin
 Frau Hergenröder

und der Stadt Seifhennersdorf
 vertreten durch die Bürgermeisterin
 Frau Berndt

und der Gemeinde Leutersdorf
 vertreten durch den Bürgermeister
 Herrn Scholze

wird auf der Grundlage der §§ 71 und 72 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes für kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 2 des Sächsischen Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (SächsAGPStG) vom 11. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 938), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 05. April 2019 (SächsGVBl. S. 2450) folgende Zweckvereinbarung geschlossen.

Präambel

Die Vertragsparteien hatten am 01.10.2008 eine Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen und zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirks geschlossen. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat gemäß § 2 Abs.2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes mit Bescheid die Zustimmung zum Abschluss der Zweckvereinbarung erteilt. Mit dieser Zweckvereinbarung wird diese bestehende Zusammenarbeit fortgeführt und inhaltlich angepasst.

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung

Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf nimmt im Rahmen des gemeinsamen Standesamtsbezirkes die Aufgaben im Personenstandswesen als Pflichtaufgaben nach Weisung und nach Maßgabe der jeweils geltenden Gesetze sowie der zu ihrem Vollzug erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften wahr. Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf übernimmt für die Stadt Seifhennersdorf und die Gemeinde Leutersdorf damit alle erforderlichen Aufgaben, bei denen die Mitwirkung des Standesamtes notwendig ist. Sie ist berechtigt und verpflichtet, die mit der Aufgabenerledigung verbundenen notwendigen Erklärungen gegenüber Dritten abzugeben.

§ 2 Sitz

Der Sitz des Standesamtes ist befindet sich in der Stadt Ebersbach-Neugersdorf.

§ 3 Personal- und Sachausstattung

Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf stellt für die Durchführung der Aufgaben des Standesamtes die erforderliche Anzahl von Standesbeamten, die Technik, erforderliche Sachmittel sowie die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung.

§ 4 Deckung des Finanzbedarfes und Kostenregelung

1. Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf erhebt im Rahmen der Aufgabenerfüllung Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen des Standesamtes entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Grundlagen und beantragt die für die Aufgabenerfüllung möglichen Zuweisungen und Fördermittel.
2. Die anfallende Gebühren und Auslagen stehen der Stadt Ebersbach-Neugersdorf zu. Soweit die Erträge zur Deckung des Personal- und Sachaufwandes des Standesamtes nicht ausreichen, erhebt die Stadt Ebersbach-Neugersdorf von der Stadt Seifhennersdorf und der Gemeinde Leutersdorf eine Umlage.
3. Die Umlage wird zunächst aus den Planwerten des Standesamtes für das jeweilige Haushaltsjahr (Personal- und Sachaufwand sowie Erträge) und der jeweiligen Einwohnerzahl der Gemeinde im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Standesamtsbezirkes Ebersbach-Neugersdorf (Gesamt) ermittelt und mittels Umlagebescheid festgesetzt. Grundlage für die Berechnung der Umlage ist die vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zum 30.06. des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl.
4. Zum Personal- und Sachaufwand zählen die Vergütung der Standesbeamten, anfallende Reisekostenvergütungen und Auslagenersatz, Kosten für die Aus- und Fortbildung, spezielle Sachausgaben, sonstige Zweckausgaben, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen für kommunale Sonderrechnungen, Mitgliedsbeiträge sowie anteilige Sachkosten (Bürobedarf, Porto- und Fernmeldegebühren, Wärme, Energie, Wasser, Reinigung, Dienstleistungen, Abgaben, Versicherung, Hausmeister, Abschreibungen und kalkulatorischen Kosten) für die Nutzflächen des Standesamtes in der Stadtverwaltung der Stadt Ebersbach-Neugersdorf.
5. Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf kann darüber hinaus außer- bzw. überplanmäßigen Aufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit den Aufgaben des Standesamtes steht oder zu deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist, umlegen.
6. Für das laufende Haushaltsjahr erhält die Stadt Ebersbach-Neugersdorf eine Abschlagszahlung, die zum 01.07. fällig wird. Die Berechnung erfolgt nach § 4 Abs. 3 dieses Vertrages.

7. Die endgültige Ermittlung des Finanzbedarfs für das abzurechnende Haushaltsjahr aufgrund des tatsächlichen Aufwandes (Personal- und Sachaufwand) nach Abzug der erzielten Erträgen und dem Einwohnerbestand zum 30.06. des Vorjahres erfolgt nach Erstellung des Jahresabschluss für den Standesamtsbezirk durch die Stadt Ebersbach-Neugersdorf.
8. Das Ergebnis des Jahresabschluss ist der Stadt Seifhennersdorf und der Gemeinde Leutersdorf mitzuteilen, Über- bzw. Unterdeckungen sind auszugleichen. Der Ausgleich erfolgt durch Verrechnung mit der nächstfälligen Abschlagsrechnung. Die Einhaltung der einschlägigen Haushalts- und Buchungsvorschriften bleibt hiervon unberührt.

§ 5 Vertragsdauer, Kündigung

1. Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.
2. Die Zweckvereinbarung kann von jeder Vertragspartei zum Ende eines jeden Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden. Die Kündigung hat schriftlich bis zum 31.12. bei den Vertragsparteien vorzuliegen. Eine Kündigung kann nur in Verbindung mit einer Änderung des Standesamtsbezirkes erfolgen.
3. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Einvernehmen aus Gründen des öffentlichen Wohles erfolgen. Die Aufhebung bzw. das Ausscheiden einer Vertragspartei bedarf vorab der Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde nach den Vorschriften des SächsKomZG.

§ 6 Weitere Vereinbarungen

1. Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf wird, sofern hierfür ein Bedarf besteht, in der Stadt Seifhennersdorf weiterhin Eheschließungen durchführen. Die gewidmeten Eheschließungszimmer bleiben bestehen und können den Bürgern als zusätzliche Leistung angeboten werden. Die Stadt Ebersbach-Neugersdorf erhebt dafür Auslagen nach dem Sächsischen Kostenverzeichnis.
2. Im Falle einer Änderung der für diese Zweckvereinbarung wesentlichen gesetzlichen Vorschriften steht es den Vertragsparteien frei, über die Anpassung des Inhalts der Vereinbarung an die geänderten gesetzlichen Regelungen neu zu verhandeln.
3. Zusätzliche Vereinbarungen sowie nachträgliche Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.

§ 7 Schlussbestimmungen

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarung unwirksam sein, wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt, wenn anzunehmen ist, dass die Beteiligten diese Zweckvereinbarung auch ohne die unwirksame Bestimmung geschlossen hätten. Unwirksame Bestimmungen sind im Sinne des Vereinbarungszweckes umzudeuten oder zu ergänzen.

§ 8 Schlussbestimmungen

Dieser Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Zweckvereinbarung tritt nach der Genehmigung der Vereinbarung und ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft. Zeitgleich tritt der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Aufgabenübertragung im Personenstandswesen vom 01.10.2008 außer Kraft.

Ebersbach-Neugersdorf
den

Stadt
Ebersbach-Neugersdorf

Hergenröder
Bürgermeisterin

(Siegel)

Seifhennersdorf
den

Stadt
Seifhennersdorf

Berndt
Bürgermeisterin

(Siegel)

Leutersdorf
den

Gemeinde
Leutersdorf

Scholze
Bürgermeister

(Siegel)